



## Jahresbericht des Vorstandes der Eberhard-Schultz-Stiftung 2019

(i.S.v. § 7 Abs. 2 Satz 4 Ziff. 3 iVm. § 11 Abs. 2 der Satzung; zur Vorlage beim Kuratorium zwecks Prüfung und Entlastung nach § 11 Abs. 2 und 3 der Satzung)

### **Einleitung**

Nach der Gründung unserer Stiftung, im November 2011, ist dies der achte Bericht über ein vollständiges Kalenderjahr. Aktueller Sitz der Stiftung ist das seit Januar 2017 bezogene Büro im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin.

Auf der Grundlage der „Rahmenbeschlüsse“ des Kuratoriums haben wir die begonnenen Projekte 2019 erfolgreich fortsetzen können und neue Projekte durchgeführt.

Die Stiftung war auf Veranstaltungen weiterer Stiftungen und Organisationen präsent.

Unsere achte Jahresveranstaltung mit der Verleihung von diesmal zwei „Sozialen Menschenrechtspreisen“ fand wieder im Rathaus Charlottenburg unter der Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters Reinhard Naumann mit reger Beteiligung statt.

Die Öffentlichkeits- und Verwaltungsarbeit konnte mit Hilfe unseres qualifizierten Mitarbeiters (der mit einer halben Stelle bis zum 31.10. beschäftigt war) bewältigt werden, unterstützt von vier Praktikantinnen, die in der Stiftung mehrmonatige Praktika absolvierten. Seit 1. November wird die Arbeit von einer Werkstudentin mit verringerter Stundenzahl geleistet, da die finanzielle Situation der Stiftung durch die Niedrigzinsphase stark beeinträchtigt ist.

### **Vorbemerkungen zum aktuellen Stand der Sozialen Menschenrechte in Deutschland**

Deutschland hat das Zusatzprotokoll zum UN-Sozialpakt weiterhin nicht ratifiziert. In der Koalitionsvereinbarung der Großen Koalition wird die Unterzeichnung „angestrebt“ ohne Nennung eines konkreten Zeitplans. Nach Aussage der Bundesregierung befindet sich die Ratifizierung immer noch in der Prüfung. Auch wenn sich einzelne Bundestagsabgeordnete weiter für die Ratifizierung stark machen, ist es mehr als fraglich, ob die Ratifizierung in dieser Legislaturperiode erfolgt. Von den Oppositionsparteien fordert ausdrücklich Die Linke weiter die Ratifizierung.

Der zuständige UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (wsk-Rechte) hat im Rahmen des Staatenberichtsverfahrens einen dringlichen Zwischenbericht gefordert zu den drei Themen Situation älterer Menschen in der Pflege, Kinderarmut und Recht auf Wohnen. Mit weiteren NGOs werden wir in Folge der Beteiligung am UN-Staatenberichtsverfahren mit dem zuständigen Bundesministerium für Arbeit und Soziales Gespräche führen und auf Ratifizierung drängen. Ebenso planen wir einen Schattenbericht zu dem Zwischenbericht, den wir möglicherweise in Kooperation mit der Humboldt Universität und Dr. Andrej Holm verfassen werden.

Die zunehmende soziale Spaltung in Deutschland, die Vermögenskonzentration einem kleinen Teil der Bevölkerung und die fehlende Umverteilung durch eine geeignete Steuer- und Investitionspolitik haben Auswirkungen auf das soziale Klima, die Wohnungsverteilung und den Gesundheitsbereich. Die aktuelle Politik der Bundesregierung und der EU in Bezug



auf Flüchtlingsfragen und Minderheiten verweigert ganzen Personengruppen die längst festgeschriebenen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte. Weiterhin haben die Defizite mit ihren katastrophalen Folgen für immer größere Teile der Bevölkerung (Wohnungslosigkeit, Rente, Pflegenotstand) wiederholt zu öffentlichen Debatten geführt. Nach wie vor fehlt ein breites Bewusstsein für die Bedeutung der sozialen Menschenrechte. Abhilfe schaffen könnte die Ratifizierung des Zusatzprotokolls als wichtiger erster Schritt zur Durchsetzung der sozialen Menschenrechte, als jedem Einzelnem zustehende subjektive Rechte, und damit ihre individuelle Einklagbarkeit, auch mithilfe der Verfassung und dem internationalen WSK-Ausschuss, die aber selbst nach dem 50. Jahrestag der Verabschiedung des UN-Sozialpakts immer noch aussteht.

## **Gremien**

Der Vorstand hat regelmäßig getagt, die Sitzungen mit den notwendigen Beschlüssen protokolliert, diese umgesetzt und das Kuratorium umfassend darüber informiert. Einzelne Kuratoriumsmitglieder haben sich auch aktiv an Sitzungen und Arbeitsgruppen des Vorstands beteiligt.

## **1. Projekte**

Der Satzungszweck unserer Stiftung wurde wie in den Vorjahren durch eine Reihe von Projekten im Bereich der sozialen Menschenrechte und Partizipation verwirklicht. Auch in diesem Jahr sind wir Mit-Veranstalter der Vesper-Veranstaltungen im Haus der Demokratie und Menschenrechte gewesen.

**Projekt 1: Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland**

**Projekt 2: Unterstützung der europäischen Kampagne „HOUSING FOR ALL“**

**Projekt 3: Fortführung des Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**

**Projekt 4: Buchlesungen zum Thema „Feindbild Islam und institutioneller Rassismus“**

**Projekt 5: Neujahrsempfang**

**Projekt 6: Vesper-Veranstaltung zum Thema „Recht auf Wohnen“ mit den Veranstaltungspartnern Internationale Liga für Menschenrechte e. V., Humanistische Union e. V., Eberhard-Schultz-Stiftung für soziale Menschenrechte & Partizipation und Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte**

**Projekt 7: Unterstützung der Kampagne und Berliner Demonstration #Mietenwahnsinn am 06.04.2019 mit Vortrag von Eberhard Schultz**

**Projekt 8: Fachtagung: „Verwirklichung der sozialen Menschenrechte in Zeiten sozialer Spaltung — Menschenrecht auf Arbeit“**

**Projekt 9: Vesper-Veranstaltung zum Thema „Institutioneller Rassismus“**



**Projekt 10: Jahresveranstaltung mit Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“ 2019: dieses Jahr sogar mit zwei Preisträgern im Rathaus Charlottenburg unter Schirmherrschaft des Bezirksbürgermeisters**

Die Projektförderung wurde dieses Jahr auch aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Stiftung ausgesetzt. Vor allem bedingt durch die Niedrigzinsphase konnten keine Projekte gefördert werden. Die eingegangenen Projektanträge mussten leider abgewiesen werden.

### ***1.1. Weiterführung der Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt sowie Mitwirkung am Parallelbericht zum Staatenbericht zu Deutschland***

Mit Unterstützung der Unterschriftensammlung wurde die Kampagne zur Ratifizierung des Zusatzprotokolls zum UN-Sozialpakt fortgeführt. Wir haben 2019 mit den Vorbereitungen neuer Finanzierungskonzepte begonnen, unter anderem durch Anfragen bei anderen gemeinnützigen Stiftungen, Kreditinstituten, Unternehmen, die im sozialen Wohnungsbau tätig sind. Des Weiteren haben wir mit den Vorarbeiten eines Crowdfundings begonnen.

### ***1.2. Unterstützung der europäischen Kampagne HOUSING FOR ALL***

Als Stiftung setzen uns für die Durchsetzung der sozialen Menschenrechte ein, aktuell mit Fokus auf das Recht auf Wohnen. Die Situation am Wohnungsmarkt hat sich dramatisch verschlechtert. Immer mehr Menschen finden keinen bezahlbaren Wohnraum, werden aus den Städten verdrängt oder gar in die Obdachlosigkeit getrieben. Wir haben die europäische Bürgerinitiative *Housing for All*, die mehr bezahlbaren, sozialen und kommunalen Wohnbau fordert mit einer Mail über unsere Verteiler mit einem Unterschriftenaufruf unterstützt.

### ***1.3. Notfonds für mobile Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer***

Mit dem zweitältesten Projekt unserer Stiftung, dem Notfonds (monatlich bis zu 500 Euro) unterstützen wir mobile Arbeitnehmer\*innen in bestimmten Notsituationen. Er wurde auch im Berichtsjahr fortgeführt. Dabei arbeiten wir eng mit dem Projekt „Faire Mobilität“ des DGB-Bundesvorstands zusammen.

Die Unterstützung durch den Notfonds erfolgt in besonderen Einzelfällen, an denen sich die Notwendigkeit verdeutlichen lässt, dass die sozialen Menschenrechte auch als individuell einklagbare Rechte zu verankern sind. Der diskriminierungsfreie Zugang zu Arbeit ist laut dem UN-Ausschuss für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ein wesentlicher Bestandteil für das Recht auf Arbeit. Insgesamt wurden 2019 sieben Fälle mit insgesamt **2337,54 Euro** unterstützt.

### ***1.4. Buchlesungen „Feindbild Islam und institutioneller Rassismus“***

Im Zuge der des Ende 2018 veröffentlichten Buches „Feindbild Islam und institutioneller Rassismus“ hielt unser Vorstandsvorsitzender und Gründungsmitglied Eberhard Schultz erfolgreich mehrere Lesungen ab:

- 22.3. Buchlesung in Kooperation mit dem Türkischen Bund Berlin-Brandenburg. Eberhard Schultz stellt die bedrückende historische Kontinuität und neue Dimensionen eines



systematischen Abbaus demokratischer Rechte seit den Anschlägen am 11. September 2001 in New York dar.

- 16.5. in der multikulturellen Begegnungsstätte des BWK (BildungsWerk Kreuzberg) in Kreuzberg mit dem Orient-Experten Udo Steinbach über die internationale Dimension des Phänomens „institutioneller Rassismus“.
- 3.7. auf Einladung von Reachout e.V., Opferberatung und Bildung gegen rechte, rassistische und antisemitische Gewalt, in Kooperation mit der Werkstatt der Kulturen.
- 4.7. Buchlesung im Rahmen der Gedenktage an die im Landgericht Dresden vor 10 Jahren ermordete Marwa El-Sherbini.
- 2.11. SpielART München
- 6.11. Buchlesung bei den kritischen Einführungswochen der Universität Potsdam.

### **1.5. Neujahrsempfang**

Der Neujahrsempfang zur Stärkung der Kooperation mit bestehenden Projekten und anvisierten Projektpartner\*innen fand am 22.2.2019 im Kaminzimmer des BildungsWerks Kreuzberg statt.

### **1.6. Vesper-Veranstaltung zum Thema „Recht auf Wohnen“**

Im Rahmen der monatlichen Vesperveranstaltung „Menschenrechte aktuell“ (getragen von Humanistischer Union, Internationaler Liga für Menschenrechte, Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte und unserer Stiftung) und zu Beginn der Aktionstage #Mietenwahnsinn kamen mehr als 120 Teilnehmer\*innen am 28.03.2019 im Robert-Havemann-Saal im Haus der Demokratie zusammen, eingeladen mit dem Aufruf unserer Stiftung. Thema der Veranstaltung war: „Artikel 28 der Berliner Landesverfassung *Jeder Mensch hat das Recht auf angemessenen Wohnraum* endlich umsetzen“.

Das hochaktuelle Thema polarisiert in Medien und Politik. Die betroffenen Berliner Mieter\*innen haben zahlreiche Initiativen und Bündnisse gegründet, die sich gegen die ansteigenden Mieten und die Verdrängung aussprechen. An diesem Abend nahmen Bürger\*innen, Politiker\*innen und Aktivist\*innen an einem regen Austausch teil. Auf dem Podium saßen Andrej Holm (Stadtsoziologe), Werner Rügemer (Publizist), Katalin Gennburg (MdB Die Linke), Peter Schmidt (Mieterprotest Kosmosviertel) und Susanna Raab (Mitglied von der Initiative Deutsche Wohnen & Co enteignen).

### **1.7. Unterstützung der Kampagne und Berliner Demonstration #Mietenwahnsinn am 06.04.2019 mit Vortrag von Eberhard Schultz**

Wir haben die bundesweite Demonstration #Mietenwahnsinn in Berlin mit einem Redebeitrag des Vorstandsvorsitzenden Eberhard Schultz auf einem Lautsprecherwagen unterstützt und im Vorfeld zur Teilnahme aufgerufen.

### **1.8. Fachtagung „Das soziale Menschenrecht auf Arbeit“**

In Kooperation mit der IG Metall Berlin fand am 27.5.2019 unsere fünfte Fachtagung, diesmal zum Thema „Soziales Menschenrecht auf Arbeit“ unter aktiver Beteiligung der über 60 Teilnehmenden statt, darunter viele Akteur\*innen und Initiativen. Was bedeutet das



soziale Menschenrecht auf Arbeit und wie kann es umgesetzt werden? In der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 proklamiert, wurde es mit dem UN-Sozialpakt von 1966 völkerrechtlich verbindlich und wird vom zuständigen UN-Sozialausschuss in ständiger Rechtsprechung konkretisiert. Es umfasst nicht nur den offenen, diskriminierungs- und barrierefreien Zugang zum Arbeitsmarkt – sondern u.a. Mindestlöhne und den Anspruch gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind durchzusetzen – nach dem UN-Ausschuss, der ILO u.a. Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls mit individueller Klagemöglichkeit durch die Bundesregierung ist überfällig!

### **1.9. Vesper-Veranstaltung zum Thema „Institutioneller Rassismus“**

Am 26.09.2019 fand in Kooperation mit der Humanistischen Union, der Stiftung des Hauses der Demokratie und Menschenrechte, der Internationalen Liga für Menschenrechte sowie ReachOut e.V. und dem Migrationsrat Berlin unsere Vesperveranstaltung zum Thema „institutioneller Rassismus“ statt. An der Veranstaltung nahmen folgende Referent\*innen teil: Christine Buchholz (MdB, DIE LINKE), Nadija Samour (Rechtsanwältin, LL.M.), Biplab Basu (ReachOut e.V., KOP), Hamze Bytyci (RomaTrial) und Eberhard Schultz (Menschenrechtsanwalt). Unter der Moderation von Vera Vordenbäumen diskutierten die Referent\*innen und Teilnehmenden über Erfahrungen und Umgang mit institutionellem Rassismus.

### **1.10. Jahresveranstaltung**

Am 17. Oktober dieses Jahres haben wir zum sechsten Mal unseren „Sozialen Menschenrechtspreis 2019“ verliehen.

Der Preis ist mit insgesamt 5000€ dotiert und wurde von der unabhängigen Jury zu gleichen Teilen an die Berliner Nachbarschaftsinitiative „Bizim Kiez – unser Kiez“ und an Robert Trettin, stellvertretender Sprecher der Nationalen Armutskonferenz, vergeben. Beide Preisträger engagieren sich vorbildlich für die Durchsetzung des sozialen Menschenrechts auf Wohnen, wie es in Art. 28 der Berliner Landesverfassung und in Art. 11 des UN-Sozialpakts festgeschrieben ist.

Weitere Highlights waren:

- Eine Videobotschaft der UN-Sonderbeauftragten für das Recht auf Wohnen, Leilani Farha mit Übersetzung
- Die Verlesung der Grüße unserer Kuratoriumsvorsitzenden Prof. Dr. Rita Süßmuth, die aus terminlichen Gründen leider nicht an der Veranstaltung teilnehmen konnte
- Das Grußwort von Jean Ziegler, dem früheren UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, verlesen durch Eberhard Schultz
- Der Gastvortrag des bekannten Wissenschaftlers und Kuratoriumsmitglieds Dr. Andrej Holm über die Entwicklung des Wohnbausektors und des Rechts auf Wohnen: „100 Jahre Recht auf Wohnen“
- Rede des Schirmherrn Reinhard Naumann, Bezirksbürgermeister von Charlottenburg-Wilmersdorf

Durch die Veranstaltung mit rund 100 Teilnehmenden führte die Moderatorin Vera Vordenbäumen. Nach dem offiziellen Programm fand bei Finger Food und Getränken,



bereitgestellt von Bildungswerk Kreuzberg, ein reger Austausch über die vielfältigen Themen des Abends statt.

## **2. Weitere Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit**

Der Satzungszweck wurde im Berichtsjahr zudem durch die Teilnahme an Veranstaltungen und unsere Öffentlichkeitsarbeit verwirklicht.

### **2.1. Veranstaltungen**

Wir haben an einer Reihe von Veranstaltungen, auch anderer Stiftungen teilgenommen, unsere Stiftung dort eingebracht, wichtige Erfahrungen gesammelt und Kontakte geknüpft. Unter anderem war unsere Stiftung vertreten:

- **Teilnahme an der 4. internationalen José Marti Konferenz „Für das Gleichgewicht der Welt“ in Havanna:**  
Zum zweiten Mal hat unsere Stiftung, vertreten durch den Vorsitzenden Eberhard Schultz und das Vorstandsmitglied Azize Tank, MdB a.D. an der internationalen Veranstaltung teilgenommen, die vom 28. bis 31. Januar 2019 in Havanna stattfand. Das internationale Projekt José Marti, unter der Schirmherrschaft der UNESCO, wurde im Jahr 2003 nach der Genehmigung durch die UN-Vollversammlung gegründet und wird von der Organisation der iberoamerikanischen Staaten für Erziehung, Wissenschaft und Kultur und von anderen internationalen Einrichtungen verschiedener Art unterstützt. Die diesjährige Konferenz war gleichzeitig eine Erweiterung der Debatten des Weltkongresses der Humanwissenschaften, der im August 2017 in Belgien unter der Schirmherrschaft der UNESCO und des Internationalen Rates für Philosophie und Humanwissenschaften stattgefunden hatte.
- **Teilnahme am Armutskongress am 10. und 11.4.2019:**  
Der Armutskongress 2019 stand unter dem Motto „Baustelle Deutschland. Solidarisch anpacken!“. Wir haben uns mit den sozialpolitischen Dauerbaustellen und Potenzialen für eine wirksame Armutsbekämpfung beschäftigt, Forderungen formuliert und Lösungen entwickelt. Themen mit aktuell größter Brisanz wie Wohnen, Rente und Arbeitsmarktpolitik bildeten einen Schwerpunkt. In weiteren Fachforen ging es um die Bereiche Pflege, Gesundheit und Bildung. Ein weiterer Fokus lag bei Teilhabe und Partizipation. Denn klar ist: Um politischen Handlungsdruck zu erzeugen, braucht es die Einbindung der von Armut betroffenen Menschen. Wir sprachen auch über Strategien gegen die politische Instrumentalisierung von Armut. Denn bedürftige Gruppen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vielmehr gilt es, sich zu solidarisieren und zusammenzuhalten.
- **Teilnahme an Vesper-Veranstaltung „Wie soll die Zivilgesellschaft mit dem Rechtspopulismus umgehen?“ am 25.4.2019:**  
Eine Podiumsdiskussion mit Vertreter\*innen von linken Gruppen, Initiativen und NGOs aus dem Haus der Demokratie und Menschenrechte. Politisch und gesellschaftlich sehen sich viele sozial Bewegte mit veränderten Ausgangsbedingungen konfrontiert. Populistische Argumente und Diskussionsstile





begegnen uns mittlerweile im Alltag. Neben den Diskursverschiebungen der letzten Jahre gibt es inzwischen nicht nur eine starke rechtsnationalistische Partei im deutschen Parlament, sondern auch eine immer stärker werdende rechte Bewegung, die reaktionär-konservativ und offen völkisch nationalistisch auftritt. Sie alle arbeiten gezielt innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens und unter Verwendung demokratischer Mittel an der Durchsetzung ihrer politischen Zielsetzungen, einem letztendlich autoritären Staat.

- **Teilnahme an Konferenz „Soziale Ungleichheit überwinden – von der Utopie zur Realität“ am 12.9.2019:**

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung wollen die Staaten Armut beenden, Wohlstand schaffen sowie Umwelt- und Klimaschutz voranbringen. Um dies zu erreichen, muss die stetig wachsende soziale, ökologische und ökonomische Ungleichheit deutlich reduziert werden – vor allem in den Ländern des globalen Südens. Aber auch in Deutschland wächst das Wohlstandsgefälle. Im Rahmen der Konferenz wurden die aktuellen politischen Entwicklungen einem Realitätscheck unterzogen. In Gesprächsrunden und Fachforen diskutierte man gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft Ideen, wie wir bei uns und weltweit die soziale, ökologische und ökonomische Ungleichheit reduzieren können, und im Sinne der Agenda 2030 »niemand zurücklassen«.

- **Unterstützung der Kampagne und Berliner Demonstration „#Mietenwahnsinn“ und „#KEINFUSSBREIT“, Demonstration am 3.10. und am 13.10.2019 in Berlin:**

Wir haben die Demonstrationsveranstaltung von #unteilbar beworben und daran teilgenommen. Neben den Problemen auf dem Wohnungsmarkt, sehen wir jahrelange Hetze gegen Ausländer\*innen, Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sowie einseitige Berichterstattung als Grund für die Radikalisierung weiter Teile der Bevölkerung. Auf beide Themen wollen wir weiterhin aufmerksam machen.

## **2.2. Öffentliche Erklärungen und Pressemitteilungen**

Im Berichtsjahr haben wir folgende Pressemitteilungen zusammen mit Kooperationspartner\*innen und ein Interview veröffentlicht:

- Pressemitteilung zur Seenotrettung am 17.01.2019: „Der Kampf für die Beendigung des Massenmordes an Geflüchteten 2019 aktueller denn je - SOS MEDITERRANEE braucht dringend unsere Unterstützung für die Fortsetzung ihrer zivilen Seenotrettungsmission!“
- Ein ausführliches Interview am 20.1.2019 mit Eberhard Schultz in den Nachdenkseiten: Soziale Menschenrechte - „Haben wir leider nicht geschafft“
- Pressemitteilung am 17.10.2019 anlässlich unserer Jahresveranstaltung, in der die diesjährigen Preisträger verkündet wurden



### **2.3. Homepage**

Die Homepage wurde weiter ausgebaut und ständig aktualisiert, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung sowie Beiträge zu Veranstaltungen sind dort nachzulesen. Die Verlinkung mit anderen Initiativen für Menschenrechte und Partizipation wurden weiter ausgebaut, auch durch Verlinkung mit den ausgezeichneten Projekten. Die Homepage wird regelmäßig mit Downloads, Bildern und Links versehen – bei der Internetrecherche des Stichwortes „soziale Menschenrechte“ findet sie sich an prominenter Stelle (derzeit Nr. 2, kombiniert mit „Stiftung“ nach wie vor die Nr. 1 nach den bezahlten Googleanzeigen!). Die zunehmende Bekanntheit der Stiftung lässt sich auch an der Anzahl der Anträge an die Stiftung ablesen und an den Einsendungen für den Sozialen Menschenrechtspreis, 2019 waren es gut 30 Bewerbungen.

### **2.4. Facebook**

Auf der Vorstandssitzung am 8.9.2019 entschlossen wir uns für die Erstellung einer Facebookseite, um die Internetpräsenz und die Reichweite unserer Stiftung auszubauen. Erstellt wurde die Seite von der Praktikantin. Im weiteren Verlauf haben wir die Veranstaltungen unserer Stiftung dort beworben und haben uns mit anderen Organisationen aus dem menschenrechtlichen und gemeinnützigen Bereich vernetzt. In Zukunft wollen wir dieses Netzwerk vergrößern, um unsere Aufrufe, Veranstaltungen und vor allem unsere Arbeit weiter einem größeren Publikum bekannt zu machen. Zum jetzigen Standpunkt hat die Stiftung 154 Follower.

## **3. Zusammenfassung und kurzer Ausblick**

Wir sind weiterhin die einzige Stiftung für soziale Menschenrechte im deutschsprachigen Raum. Unsere Stiftung und ihr Satzungszweck ist in wichtigen Bereichen als Stiftung mit sozialen Zielsetzungen inzwischen in Berlin und darüber hinaus bekannt geworden und hat die Grundlagen für eine erfolgreiche Arbeit zur Erfüllung des Satzungszwecks weiter ausgebaut. Die Jahresveranstaltung soll 2020 wieder stattfinden mit der Verleihung des „Sozialen Menschenrechtspreises“. Ebenso planen wir eine weitere Fachtagung sowie zwei Vesper-Veranstaltungen, die wir unter das Thema des geplanten Schattenberichts stellen wollen.

Aufgrund der schwierigen Finanzsituation kann die Arbeit 2020 vorläufig nur eingeschränkt fortgeführt werden. Für 2020 sind derzeit keine Erträge aus dem Stiftungsstock zu erwarten, die eine Stiftungstätigkeit im bisherigen Umfang ermöglichen würden.

## **4. Finanzübersicht**

Die Betreuung in finanzieller Hinsicht und die Gewinn- und Verlustrechnung wurde und wird durch die *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH (Düsseldorf)* durchgeführt.

Die **Vermögenswerte der Stiftung** bestehend aus **Stiftungsvermögen (1.013.309,17 Euro)** und freier Rücklage (**0 Euro**) betragen nach der Vermögensübersicht am 31.12.2019 **1.013.309,17 Euro**.





Wir haben im Geschäftsjahr 2019 **Einnahmen** in Höhe von **15.088,99 Euro** aus Zinsen und Dividenden erzielen können und dazu **5.732,00 Euro** Zuwendungen erhalten, damit hatten wir Einnahmen von **20.820,99 Euro**. Hinzu kommen die freien Rücklagen in Höhe von **29.666,57**, die aufgelöst wurden, daher ergibt sich als Summe von ordentlichen Einnahmen **50.487,56**.

Die **Ausgaben** betragen **53.012,69 Euro** (darunter fallen auch die in Erfüllung des Satzungszwecks weitergeleiteten Spenden).

Es ergeben sich also Mehrausgaben von **2.525,13 Euro** für das Berichtsjahr 2019. Diese wurden dem Stiftungsvermögen entnommen.

Damit stehen zum Jahresanfang 2020 also noch **0 Euro** für satzungsgemäße Zwecke der Stiftung zur Verfügung. (Dazu kommen voraussichtliche Einnahmen aus Zinsen in 2020 von ca. **11.000 Euro**.)

Auf die Zahlungen im Sinne des Stiftungszweckes (Förderung der Projekte) entfielen **23.373,23 Euro**, die gesamten Verwaltungskosten betragen **29.639,46**.

Von den Geldern für den Notfonds wurden **2.337,54 Euro** abgerufen.

Die Verwaltungskosten beinhalten auch die Personalkosten für eine halbe Stelle, die notwendig war zur Büroorganisation, Bearbeitung und Aufbereitung der Projektanträge für die Gremiensitzungen, für die Vor- und Nachbereitung der Veranstaltungen, Ausschreibungen, der Öffentlichkeitsarbeit in Form von Dokumentationen, Pressemitteilungen, Spendenwerbung, Stiftungswerbematerial und Werbeanzeigen.

## **5. Formeller Jahresabschluss**

Der Jahresbericht für das Jahr 2019 wird dem Kuratorium vom Vorstand hiermit vorgelegt.

Die Vermögensübersicht sowie die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung für 2019 wurden nach der Vorgabe der Aufsichtsbehörde und unter Mitwirkung der *HANITAX Steuerberatungsgesellschaft mbH* erstellt (siehe Anhang).

Berlin, den

Für den Vorstand: